



VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen anlässlich der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Weiden am See am **30. März 2023** im Sitzungssaal der Gemeinde.

Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 00:13 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Heinrich **HARETER**, Vizebürgermeister Christian **WANDLER**, die Vorstandsmitglieder Franz **SCHÜTZ**, Michael **GUTTMANN**, Klaus **FUHRMANN** und Beate **GANGL**, sowie die Gemeinderatsmitglieder DI Franz **SZECSENYI**, Bernhard **SCHÜTZ**, Mag. Manuel **KUNI**, Peter **BRUNNER**, Nicole **NEUBAUER**, Harald **GROSS-REDMANN**, Gerhard **ACHS**, Manfred **HIMMLER**, Ing. Maximilian **MAIRHOFER**, Günter **HARETER**, Markus **MUSIL**, Wolfgang **SCHWARTZ**, Dr. Jozsef **VARGA**, Gabriela **SALZER**, DI Franz **WOHLFART**, Sonja **FUHRMANN** (Ersatzgemeinderätin SPÖ)

Schriftführer: AF Katharina **KUMMER**, BA und Gerhard **KARNER**

Nicht anwesend und entschuldigt: Jennifer **PFEFFER** und Gerald **NIEF**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt fest, dass sämtliche Gemeinderatsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und eröffnet die Sitzung.

Zu Beglaubiger der Verhandlungsschrift werden die Gemeinderäte Dr. Jozsef **VARGA** und Nicole **NEUBAUER** bestellt.

Daraufhin fragt der Vorsitzende, ob es Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung gibt.

1. Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) stellt den Antrag, dass im TOP 1 - Voranschlag 2023 folgender Satz aufgenommen wird:

„Die Beträge, die im Finanzierungshaushalt gestrichen wurden, liegen ausschließlich in der Kompetenz des Bürgermeisters.“

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Gutmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ)

Es enthält sich der Stimme: Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt mit **13 Stimmen gegen 9 Stimmen** den Satz: „Die Beträge, die im Finanzierungshaushalt gestrichen wurden, liegen ausschließlich in der Kompetenz des Bürgermeisters“ in die Verhandlungsschrift – TOP 1-Voranschlag 2023 - aufzunehmen.

2. Bernhard Schütz (ULW) stellt folgenden Antrag: „Das Protokoll ist so abzufassen, wie es in der Sitzung stattgefunden hat“.

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ)

Es enthält sich der Stimme: Harald Gross-Redmann (SPÖ)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt mit **14 Stimmen gegen 8 Stimmen**, dass das Protokoll so abzufassen ist, wie es in der Sitzung stattgefunden hat.

Vor Eingehen in die Tagesordnung stellt der Bürgermeister (SPÖ) den Antrag, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt, „Personalangelegenheit, Schulwart*in (nicht öffentlich)“ aufzunehmen.

Dem Antrag des Bürgermeisters wird von allen zugestimmt, daher wird dieser Punkt in die Tagesordnung als TOP 20 aufgenommen.

Weiters stellt der Bürgermeister (SPÖ) den Antrag, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Verlegung der Gasleitung zum Projekt Mischwasserüberlaufbecken“ aufzunehmen.

Dem Antrag des Bürgermeisters wird von allen zugestimmt, daher wird dieser Punkt als TOP 16 in die Tagesordnung aufgenommen.

Klaus Fuhrmann (ULW) stellt den Antrag, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Anschaffung und Nutzung eines Beamers“ aufzunehmen.

Dem Antrag wird von allen zugestimmt, daher wird dieser Punkt als TOP 17 in die Tagesordnung aufgenommen.

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) stellt den Antrag, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt „Grundsatzbeschluss über Erweiterung eines Gewerbegebiets beim Betrieb Ermler“ aufzunehmen.

Dem Antrag wird von allen zugestimmt, daher wird dieser Punkt als TOP 18 in die Tagesordnung aufgenommen.

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) stellt den Antrag, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt „30er Beschränkung Schulzeile und Neustift“ aufzunehmen.

Dem Antrag wird von allen zugestimmt, daher wird dieser Punkt als TOP 19 in die Tagesordnung aufgenommen.

Tagesordnung

1. Einspruch gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2022
2. Nein zur Baulandsteuer an den Bgl. Landtag
3. Bericht des Prüfungsausschusses
4. Rechnungsabschluss 2022, Genehmigung
5. Umbenennung von zwei Ausschüssen
6. Ansuchen um Übernahme des Mietvertrags von Heinrich Enz
7. Ausschreibung Seebad Kiosk, Vergabe
8. Ausschreibung Geschäftsräume Raiffeisenplatz 11, Vergabe
9. Schutzbaumuseum, Absichtserklärung
10. Grundsatzbeschluss Interkommunaler Businesspark Nickelsdorf
11. Netz Burgenland, Dienstbarkeitsvertrag Fasangasse
12. Wechsel Energietarif Strom und Gas, Gemeinde 12 Unabhängig
13. Örtliches Entwicklungskonzept – Anpassung 2023
14. Flächenwidmungsplan – Beschluss von Vereinbarung – Baulandmobilisierung
15. 7. Digitale Änderung des Flächenwidmungsplans
16. Verlegung der Gasleitung zum Projekt Mischwasserüberlaufbecken
17. Anschaffung und Nutzung eines Beamers
18. Grundsatzbeschluss über Erweiterung eines Gewerbegebiets beim Betrieb Ermler
19. 30er Beschränkung Schulzeile und Neustift
20. Personalangelegenheit, Schulwart*in (nicht öffentlich)
21. Ausnahmen aus der Bausperre (nicht öffentlich)
22. Berufung gegen ein Schreiben des Bürgermeisters (nicht öffentlich)
23. Allfälliges

TOP 1, Zahl 17/2023 – Einspruch gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2022

Gabriela Salzer (ULW) verliest den Einspruch der ULW gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2022.

Der Einspruch lautet wie folgt:

„1. Sachverhalt und Gründe des Einspruchs:

Ad 1:

Wer ist der Vertreter im Abwasserverband Bruck an der Leitha und Neusiedl am See?
Es wird beim Wasserleitungsverband nachgefragt.
Diese Frage wurde immer noch nicht beantwortet

Ad 5:

Gibt es bereits einen Jugendreferenten? Nein
Diese Frage wurde erst am 20.2.23 einer Erledigung zugeführt.

Ad 6:

Werden die Verhandlungsschriften der Sitzungen auf der Website der Gemeinde veröffentlicht?
Die Protokolle werden in Zukunft veröffentlicht.

Die Protokolle der Konstituierenden Sitzung v. 14.11.22 und der 1. Gemeinderatssitzung v. 14.11.22 fehlen bis dato immer noch, obwohl bereits zum 20.12.22 beglaubigt. Dies ist umgehend nachzuholen.

Das Protokoll der GR-Sitzung v. 20.12.22 wurde beeinsprucht; das Protokoll vom 20.2.23 wurde nicht beglaubigt.

Ad 9:

Gibt es neue Informationen über die Errichtung einer PV-Anlage im Seebad durch die PT Errichtungs- und Betriebs GmbH? Der Bürgermeister wollte im Punkt „Allfälliges“ über die in der Sitzung des Gemeindevorstands stattgefundene Präsentation von Martin Pfundner berichten. Es soll Herrn Pfundner die Möglichkeit gegeben werden, das Projekt auch dem Gemeinderat vorzustellen.

Herr Pfundner hat das Projekt im Vorstand vorgestellt; seitdem gibt es keinerlei Informationen oder Aktionen seitens der Gemeinde.

Ad 45/2022

Nicht im Protokoll zu finden ist die Diskussion über den Bereitschaftsdienst von Michael Guttmann bzw. ist die arbeitsrechtliche Klärung bis dato ausständig.

Das Protokoll ist entsprechend zu ergänzen.

Ad 50/2022:

Vizebgm. Christian Wandler stellt den Antrag, die Ausschüsse bei Fachfragen/Fachthemen einzubinden und bei Investitionen in den Ausschreibungsprozess und der Auftragsvergabe zu involvieren.

Damit sollen die Ausschüsse bzw. deren Obmänner/Obfrauen in die Budgeterstellung miteingebunden werden.

Der Antrag wird zwar befürwortet, der Vorsitzende erinnert dennoch daran, dass den Ausschüssen nur eine beratende Funktion zukommt.

Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

Der Passus: Der Antrag wird zwar befürwortet, der Vorsitzende erinnert dennoch daran, dass den Ausschüssen nur eine beratende Funktion zukommt. – wurde nicht besprochen und ist aus dem Protokoll zu entfernen.

Ausschuss: Bau und Planung

Die Bezeichnung des Ausschusses wurde in der Protokollführung verkürzt dargestellt. Die Bezeichnung ist im Protokoll zu ändern auf: Bau, Wege, Planung und Friedhof.

Ad 51/2022 c:

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Stimmen gegen 1 Stimme, das Ansuchen von Hannes Fuhrmann, 7121 Weiden am See, Friedhofgasse 1 über die neuerliche Verpachtung der Gst. Nr. 5975 und 5789 (Teilfläche) im Ausmaß von 4,9585 Hektar von 01.01.2023 bis 31.12.2027 (Förderperiode der AMA) zu befürworten.

Im Protokoll wurde die 5%-ige Erhöhung des Pachtzinses nicht angeführt und ist somit zu korrigieren (auch wenn der Pachtvertrag in Folge die Erhöhung beinhaltet).

Allfälliges

4.

Bei der Besprechung mit der Marina Weiden wurde von Seiten der Marina vorgeschlagen, dass die Boote, die nicht ins Wasser können, nur die Hälfte der Pacht zahlen. Dadurch sollen vermehrte Kündigungen der Pachtverträge vermieden werden.

Es wurde vergessen, dass sich, auf Anweisung des Bürgermeisters, der Ausschuss „Seebad und Tourismus“ damit befassen soll. Das Protokoll ist entsprechend zu ändern.

5.

Der aktuelle Stand bezüglicher Änderung der Teilbebauungspläne im Zuge der Bausperre wird kurz erläutert. Die Einbindung des Ausschusses wird angedacht.

Das Protokoll ist dahingehend zu ändern: Der Ausschuss hat sich, auf Anweisung des Bürgermeisters, damit zu befassen.

6.

Gegen die Baubewilligung erster Instanz zum Bauvorhaben Loftturm ist zeitgerecht eine Berufung eingelangt. In nächster Instanz hat sich der Gemeinderat mit der Berufung auseinanderzusetzen. Der Berufungsausschuss soll zum Thema tagen.

Hier fehlt: Der Bürgermeister muss hinsichtlich der Genehmigung einer Änderung des Nutzungsrechtes berichten.

Das Protokoll ist entsprechend zu ergänzen.

Was im Protokoll zur Gänze fehlt:

- Gutscheine für Wahlbeisitzer
- Nachfrage von Beate Gangl hinsichtlich Wiederaufnahme der Veranstaltung „Summer Wine“
- Winzerkeller/ Nutzung als Lagerräume – Mietvertrag mit Fa. Sattler

2. Antrag

Aus oben genannten Gründen stelle ich den Antrag, das Gemeinderatsprotokoll vom 20.12.22 in den angeführten Punkten zu korrigieren.“

Abschließend stellt Gabriela Salzer im Namen der ULW den Antrag, den Einspruch gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2022 zu beschließen und das Protokoll in den angeführten Punkten zu korrigieren.

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ)

Es enthält sich der Stimme: DI Franz Szecsenyi (ÖVP)

Der Gemeinderat beschließt **mit 13 Stimmen gegen 9 Stimmen** dem Einspruch der ULW gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 20.12.2022 stattzugeben und das Protokoll in den angeführten Punkten zu korrigieren.

Es wird abschließend erklärt, dass der Einspruch im heutigen Protokoll aufgenommen wird, das Protokoll vom 20.12.2022 allerdings nicht mehr geändert wird.

TOP 2, Zahl 18/2023 – Nein zur Baulandsteuer an den Bgld. Landtag

Von Seiten der ÖVP wird die Unterstützung einer Petition an den Burgenländischen Landtag betreffend der Baulandmobilisierungsabgabe begehrte.

Der Text der Petition lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat der Gemeinde Weiden am See beschließt gemäß § 34 Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages folgende Petition an den Burgenländischen Landtag zu richten:

Vor kurzem hat das zuständige Mitglied der Landesregierung öffentlich kommuniziert, dass im heurigen Jahr die sogenannte Baulandmobilisierungsabgabe umgesetzt werden soll. Diese wird Grundstückseigentümer, je nach Größe und Wert des Grundstücks, mit mehreren hundert Euro belasten.

Hier einige Beispiele, wie sich die Abgabe auf Bauplätze in der Gemeinde Weiden am See auswirkt:

Bauplatz mit 650 m ² :	379,44 €	jährlich
Bauplatz mit 850 m ² :	992,38 €	jährlich
Bauplatz mit 1.050 m ² :	1.838,81 €	jährlich
Bauplatz mit 1.250 m ² :	2.626,88 €	jährlich
Bauplatz mit 1.450 m ² :	3.385,75 €	jährlich
Bauplatz mit 1.650 m ² :	4.815,94 €	jährlich

Das Land hat sich selbst und Landesunternehmen von der Abgabepflicht ausgenommen, möchte aber Burgenländerinnen und Burgenländer damit belasten. Es handelt sich um eine Abgabe, die unfair ist und am Ende des Tages die Grundstückspreise deutlich verteuern wird. Denn jeder Eigentümer, der diese Abgabe zahlen muss, wird bei einem etwaigen Verkauf die bis dahin bezahlte Baulandabgabe auf den Preis aufschlagen. Damit wird das Gegenteil von leistbaren Baugrundstücken erreicht.

Der Gemeinderat der Gemeinde Weiden am See spricht sich gegen diese Abgabe aus und fordert den Burgenländischen Landtag auf, die Bestimmungen im Burgenländischen Raumplanungsgesetz zu ändern und so der Baulandmobilisierungsabgabe die rechtliche Grundlage zu entziehen.

Aus all den erwähnten Gründen spricht sich der Gemeinderat der Gemeinde Weiden am See gegen die Einhebung einer Baulandmobilisierungsabgabe aus und ersucht den Burgenländischen Landtag, das Burgenländische Raumplanungsgesetz dementsprechend abzuändern. Ebenso wird diese Petition an die Burgenländische Landesregierung gerichtet.“

Gabriela Salzer (ULW) und Klaus Fuhrmann (ULW) verlassen um 19:50 Uhr den Raum um sich neutral zu verhalten.

Vizebürgermeister Christian Wandler stellt im Namen der ÖVP den Antrag, die vorgelegte Petition zu beschließen und an den Burgenländischen Landtag zu richten.

Zur Abstimmung befinden sich 20 Gemeinderäte im Saal.

Für den Antrag stimmen: Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole

Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Bernhard Schütz (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 11 Stimmen gegen 9 Stimmen**, gemäß § 34 Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, die oben zitierte Petition an den Burgenländischen Landtag zu richten.

Gabriela Salzer und Klaus Fuhrmann kehren um 19:53 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

TOP 3, Zahl 19/2023 – Bericht des Prüfungsausschusses

Mag. Manuel Kuni (ÖVP) als Obmann des Prüfungsausschusses berichtet von der am 20.03.2023 vorgenommenen Prüfung und verliest den Bericht.

Er informiert zum TOP 3 des Berichts über Möglichkeiten der Einnahmensteigerung.

Nach den Ausführungen wird der Bericht vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Der Bericht des Prüfungsausschusses (Beilage TOP 3, Zahl 19/2023) wird der Verhandlungsschrift als wesentlicher Bestandteil angeschlossen.

TOP 4, Zahl 20/2023 – Rechnungsabschluss 2022, Genehmigung

Der Rechnungsabschlusses für das Jahr 2022 lag vom 08.03.2023 bis 22.03.2023 zur allgemeinen Einsichtnahme auf und wurde in der letzten Sitzung des Prüfungsausschusses am 20.03.2023 ausführlich erläutert.

Der Vorsitzende (SPÖ) stellt den Antrag, den Rechnungsabschluss 2022 in der vorliegenden Form zu beschließen.

Entsprechend der Richtlinien für das Haushaltsjahr 2023 vom Amt der Burgenländischen Landesregierung sind vier Summen zu beschließen:

- Nettoergebnis – Saldo 0 – des Ergebnishaushalts
- der Saldo 5 des Finanzierungshaushalts
- die Summe der Aktiva und Passiva des Vermögenshaushalts
- der Endstand der liquiden Mittel zum 31.12.2022

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig** den Rechnungsabschluss 2022.

Der Rechnungsabschluss 2022 weist folgende Summen aus:

Ergebnishaushalt:

Das Nettoergebnis – **Saldo 0** – des Ergebnishaushaltes ist mit **€ 288.266,53** ausgewiesen

Finanzierungshaushalt:

Der **Saldo 5** – Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Geburung – im Finanzierungshaushalt weist einen Betrag von **€ 759.032,68** aus.

Vermögenshaushalt:

Summe der Aktiva und Passiva: **€ 45.686.969,90**

Endstand der **liquiden Mittel** zum 31.12.2022: **€ 2.698.717,81**

TOP 5, Zahl 21/2023 – Umbenennung von zwei Ausschüssen

Der Vorsitzende berichtet, dass die Differenzen zwischen zwei Ausschüssen und der Kompetenzverteilung der Gemeindevorstände (Verordnung des Bürgermeisters gem. § 25 Abs. 4 Bgl. GemO 2003 vom 16.03.2023) durch die Umbenennung dieser zwei Ausschüsse bereinigt werden soll.

Da keine Fragen gestellt werden, stellt der Vorsitzende den Antrag, den Ausschuss „Soziales, Gesundheit und Pflege“ in „Soziales, Gesundheit, Pflege und Friedhof“ und den Ausschuss „Bau und Planung“ in „Bau, Planung und Wege“ umzubenennen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den Ausschuss „Soziales, Gesundheit und Pflege“ in „Soziales, Gesundheit, Pflege und Friedhof“ und den Ausschuss „Bau und Planung“ in „Bau, Planung und Wege“ umzubenennen.

TOP 6, Zahl 22/2023 – Ansuchen um Übernahme des Mietvertrags von Heinrich Enz

Der Vorsitzende berichtet vom Ansuchen von Birgit Sack um Übernahme des Mietvertrags vom 30.07.2012, Zl. 658/12, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Weiden am See – Öffentliches Gut und Heinrich Enz, zu den gleichen Konditionen. Gegenstand des Mietvertrags ist eine unbebaute Freifläche des Grundstückes Nr. 1944/2 im Ausmaß von 50m².

Die Übernahme des Mietvertrags wird mittels Anhangs zum Mietvertrag erfolgen. Der Rechtsnachfolger steigt in den Mietvertrag mit allen Rechten und Pflichten ein.

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass auf dieser Fläche befristet bis September 2023 ein zweiter Bürocontainer aufgestellt werden soll. Michael Guttmann (ÖVP) weist darauf hin, dass dieser Container schon aufgestellt wurde.

Nach kurzer Besprechung stellt der Vorsitzende den Antrag, der Übernahme des Mietvertrags vom 30.07.2012, Zl. 658/12, durch Birgit Sack zuzustimmen. Die Übernahme erfolgt ab 01.04.2023.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, der Übernahme des Mietvertrags vom 30.07.2012, Zl. 658/12, durch Birgit Sack, Florianiplatz 2, 7141 Podersdorf am See, zuzustimmen. Die Übernahme erfolgt ab 01.04.2023.

TOP 7, Zahl 23/2023 – Ausschreibung Seebad Kiosk, Vergabe

Der Vorsitzende erläutert, dass aufgrund der Ausschreibung des Kiosks im Seebad zwei Bewerbungen fristgerecht eingelangt sind. Die Bewerber sind einerseits die BFF OG und andererseits die SEE.Haus Weiden Betriebs GmbH.

Mit E-Mail vom 30.03.2023 hat der Bewerber BFF OG bekannt gegeben, er würde eine Kooperation anstreben, sollte es einen weiteren Bewerber geben. Die BFF OG würde sich um die Aufstellung von Verpflegungsautomaten kümmern und ein Pächter könnte den Seekiosk betreiben.

Auf Anfrage bezüglich des Vorjahrespächters wird erklärt, dass dieser Bewerber ausgeschlossen wurde, da bei einer Begehung des Kiosks dieser in einem sehr schlechten Zustand vorgefunden wurde.

Die Möglichkeit für Verkauf von Pommes Frites oder ähnliches ist nicht gegeben, da kein Fettabscheider vorhanden ist.

Der Bewerber SEE.Haus Weiden Betriebs GmbH soll einen Pachtvertrag, angelehnt an den Pachtvertrag von Karin Pöck, bekommen.

Der Pachtzins und mögliche Pachtbedingungen werden diskutiert.

Nach den ausführlichen Erläuterungen stellt der Vorsitzende den Antrag, den Kiosk im Seebad an den Bewerber SEE.Haus Weiden Betriebs GmbH zu verpachten. Als Pachtzins wird jährlich € 1.000,00 netto, indexgebunden, vorgeschlagen. Eine Betriebspflicht für die Monate Juli und August soll in den Pachtvertrag aufgenommen werden.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den Kiosk im Seebad an den Bewerber SEE.Haus Weiden Betriebs GmbH, Mahlerstraße 13/5, 1010 Wien, zu verpachten. Als Pachtzins wird jährlich € 1.000,00 netto, indexgebunden, festgelegt. Eine Betriebspflicht für die Monate Juli und August wird in den Pachtvertrag aufgenommen.

TOP 8, Zahl 24/2023 – Ausschreibung Geschäftsräume, Raiffeisenplatz 11, Vergabe

Aufgrund der Ausschreibung der Geschäftsräumlichkeiten, Raiffeisenplatz 11, sind zwei Bewerbungen fristgerecht eingelangt. Der Bewerber BFF OG hat am 30.03.2023 (13:05 Uhr) seine Bewerbung per E-Mail zurückgezogen.

Es bleibt daher nur mehr das Ansuchen von Mario Kummer zur Anmietung des Schauraums im Erdgeschoss.

Die Bewerbung, die Mietbedingungen, sowie eine mögliche Gestaltung des Vorplatzes werden ausführlich diskutiert.

Ing. Maximilian Mairhofer hält fest, dass durch eine zu schnelle Vergabe vielleicht eine Chance auf Neugestaltung dieses Platzes verbaut wird.

Nach den ausführlichen Erläuterungen stellt der Vorsitzende den Antrag, die Geschäftsräumlichkeiten im Erdgeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11 an den Bewerber Mario Kummer, Heidesiedlung II/4, 7122 Gols, auf die Dauer von 5 Jahren zu verpachten. Als Pachtzins wird monatlich € 600,00 netto, indexgebunden, vorgeschlagen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP)

Gegen den Antrag stimmen: DI Franz Wohlfart (ÖVP), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Es enthalten sich der Stimme: Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt mit **17 Stimmen gegen 5 Stimmen**, die Geschäftsräumlichkeiten im Erdgeschoss des Objekts Raiffeisenplatz 11 an den Bewerber Mario Kummer, Heidesiedlung II/4, 7122 Gols, auf die Dauer von 5 Jahren zu verpachten. Als Pachtzins wird monatlich € 600,00 netto, indexgebunden, festgelegt.

TOP 9, Zahl 25/2023 – Schutzbaumuseum, Absichtserklärung

Der Vorsitzende berichtet von der öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema „Errichtung eines Schutzbaummuseums beim Infopoint“ im Seegrund. Da dieses Thema schon mehrmals im Gemeinderat besprochen wurde, plädiert er, nun dazu endgültig eine Entscheidung zu treffen, ob das Projekt in Weiden am See gewünscht ist oder nicht. Es handelt sich um eine reine Absichtserklärung um dann mit den Verantwortlichen über den Letter of Intent zu verhandeln.

DI Franz Szecsenyi (ÖVP) merkt an, dass Frau Mag. Priber nach der Informationsveranstaltung erklärt hat, dass die Gemeinde den Differenzbetrag bezahlen muss, wenn die Fördergelder die Kosten der Errichtung nicht abdecken. Darauf kann nicht eingegangen werden.

Es werden die rechtlichen Auswirkungen einer Absichtserklärung, Fragen bezüglich der Flächenwidmung und eines Verkehrskonzeptes diskutiert.

Abschließend stellt der Vorsitzende den Antrag, der Gemeinderat möge eine Absichtserklärung für den Bau eines Schutzbaummuseums beschließen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmller (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Gegen den Antrag stimmt: Bernhard Schütz (ULW)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 21 Stimmen gegen 1 Stimme**, eine Absichtserklärung für den Bau eines Schutzbaummuseums.

Bernhard Schütz (ULW) begehrte folgende Aufnahme ins Protokoll: „Ich bin gegen die Absichtserklärung für den Bau, da viele Bedingungen wie ein Tourismuskonzept, eine genaue Finanzierung, ein Verkehrskonzept aus meiner Sicht als Vorbedingung notwendig sind.“

Klaus Fuhrmann (ULW) begehrte folgende Aufnahme ins Protokoll: „Ich habe Bedenken, was eine Absichtserklärung aus juristischer Sicht genau aussagt.“

TOP 10, Zahl 26/2023 – Grundsatzbeschluss Interkommunaler Businesspark Nickelsdorf

Der Vorsitzende weist auf übermittelte Präsentationsunterlagen der Wirtschaftsagentur Burgenland betreffend interkommunaler Businesspark Nickelsdorf hin.

In Nickelsdorf soll auf 83 ha ein Businesspark entstehen, die teilnehmenden Gemeinden übernehmen Haftungen und erhalten dafür nach Abdeckung der Verbindlichkeiten Anteile an der Kommunalsteuer. Es soll einerseits den Gemeinden helfen, langfristige Einnahmen zu generieren und sich auch positiv auf das Landschaftsbild auswirken.

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) regt an, den eigenen Blickwinkel zu erweitern und sowohl die örtliche Entwicklung zu forcieren als auch die Teilnahme am Businesspark Nickelsdorf zu verwirklichen.

Nach einer intensiven Diskussion über die Vor- und Nachteile bzw. möglicher Alternativen in der Gemeinde selbst, stellt der Vorsitzenden den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Nach Einholung weiterer Informationen soll dieser Punkt bei der nächsten Sitzung besprochen werden.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, den TOP 10, Zahl 26/2023 – Grundsatzbeschluss Interkommunaler Businesspark Nickelsdorf abzusetzen. Nach Einholung weiterer Informationen soll dieser Punkt bei der nächsten Sitzung besprochen werden.

TOP 11, Zahl 27/2023 – Netz Burgenland, Dienstbarkeitsvertrag Fasangasse

Der Vorsitzende teilt mit, dass seitens der Netz Burgenland GmbH ein Dienstbarkeitsvertrag vorgelegt wurde. Dabei handelt es sich um den Ringschluss von Ecke Obere Hauptstraße 37 hintaus bis Fasangasse.

Nach Rücksprache mit dem Gemeindevorsteherverband wurde er informiert, dass diese Dienstbarkeitsverträge in den 70er Jahren ausverhandelt wurden und für ganz Burgenland Gültigkeit haben. Der Bürgermeister hat den Gemeindevorsteherverband beauftragt, eine Neuverhandlung der Dienstbarkeitsverträge anzustreben.

Nach eingehender Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag, den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag unter der Bedingung zu beschließen, dass die Einwilligung zur Überspannung des festgelegten Servitutsstreifens mit elektrischen Leitungen (Punkt 1) aus dem Vertrag gestrichen wird.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP),

Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), DI Franz Szecsenyi (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW),

Gegen den Antrag stimmt: Klaus Fuhrmann (ULW)

Klaus Fuhrmann begründet seine Gegenstimme wie folgt: „Der Betreiber hat sich noch nicht bereit erklärt, dass die Leitungen auf seine Kosten verlegt werden, falls die Gemeinde den Grund braucht.“

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 21 Stimmen gegen 1 Stimme**, den zwischen der Gemeinde Weiden am See und der Netz Burgenland GmbH abzuschließenden Dienstbarkeitsvertrag für die Errichtung einer elektrischen Leitungsanlage, unter der Bedingung die Einwilligung zur Überspannung des festgelegten Servitutstreifens mit elektrischen Leitungen (Punkt 1) aus dem Vertrag zu streichen, zu genehmigen.

Der abgeänderte Dienstbarkeitsvertrag bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Niederschrift.

TOP 12, Zahl 28/2023 – Wechsel Energietarif Strom und Gas, Gemeinde 12 Unabhängig

Der Vorsitzende berichtet vom Angebot der Burgenland Energie bezüglich des Wechsels auf einen 1-Jahres-Fixvertrag zur besseren Planbarkeit der Energiekosten.

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) informiert, dass der Tarifwechsel nun bis 30.06.2023 möglich ist, wobei die Beschlussfassung auch rückwirkend mit 01.04.2023 erfolgen kann. Des Weiteren gilt die 100.000 kWh Grenze für Gemeinden nicht.

Die Vor- und Nachteile des Tarifwechsels werden eingehend diskutiert.

Nach der Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag, TOP 12, Zahl 28/2023 – Wechsel Energietarif Strom und Gas, Gemeinde 12 Unabhängig abzusetzen und bei der nächsten Sitzung zu besprechen, da die Frist für den Tarifwechsel bis 30.06.2023 verlängert wurde. Der Ausschuss „Umwelt und Energie“ soll sich bis dahin mit dem Thema beschäftigen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, TOP 12, Zahl 28/2023 – Wechsel Energietarif Strom und Gas, Gemeinde 12 Unabhängig abzusetzen. Der Tagesordnungspunkt wird bei der nächsten Gemeinderatsitzung besprochen.

TOP 13, Zahl 29/2023 – Örtliches Entwicklungskonzept – Anpassung 2023

Der Vorsitzende berichtet von der geplanten Betriebserweiterung der Firma Ermler. Zur Umsetzung dieser Erweiterung sind vom Gemeinderat drei Beschlüsse zu fassen: die Anpassung des Örtlichen Entwicklungskonzepts (TOP 13), die Vereinbarung gem. Bgl. RPG 2019 (TOP 14) und die 7. digitale Änderung des Flächenwidmungsplans (TOP 15).

Die entsprechenden Unterlagen, erstellt vom Ingenieurbüro Raumstadt e.U., wurden den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Anpassung (2023) des Örtlichen Entwicklungskonzepts gemäß dem Bericht (GZ: 2212 vom 23.01.2023) des Ingenieurbüros für Raumplanung und Raumordnung Raumstadt e.U., Stiftgasse 33/1/1, 1070 Wien, zu beschließen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Anpassung (2023) des Örtlichen Entwicklungskonzepts gemäß dem Bericht (GZ: 2212 vom 23.01.2023) des Ingenieurbüros für Raumplanung und Raumordnung Raumstadt e.U., Stiftgasse 33/1/1, 1070 Wien.

TOP 14, Zahl 30/2023 – Flächenwidmungsplan – Beschluss von Vereinbarung – Baulandmobilisierung

Der Bürgermeister berichtet, dass für jede Umwidmung in Bauland, der Abschluss eines Baulandmobilisierungsvertrages Voraussetzung ist. In diesem konkreten Fall liegt der Vertrag bereits vor und stellt eine Absicherung für die Gemeinde dar. Er beinhaltet die Verpflichtung für die Ansuchenden, dieses Bauland auch wirklich zu bebauen, andernfalls ist dieses der Gemeinde zu einem im Vertrag festgesetzten Preis zu verkaufen. Die Frist im vorliegenden Vertrag beträgt drei Jahre.

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, stellt der Vorsitzende den Antrag, die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Erich Ermler und Anna Maria Ermler zu unterfertigen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Baulandmobilisierungsvereinbarung mit Erich Ermler und Anna Maria Ermler zu unterfertigen. Die Bebauungsfrist beträgt drei Jahre und ein eventueller Verkaufspreis an die Gemeinde wird mit € 116,75 pro m² festgelegt.

TOP 15, Zahl 31/2023 – 7. digitale Änderung des Flächenwidmungsplans

Der Bürgermeister berichtet, dass für das Umwidmungsverfahren die Verordnung (Beilage TOP 15, Zl. 31/2023) für die 7. Änderung des Flächenwidmungsplanes vom Gemeinderat zu erlassen ist.

Der Umfang der 7. digitalen Änderung des Flächenwidmungsplanes ist im Erläuterungsbericht genau umschrieben und das Auflageexemplar wurde dem Gemeinderat durch die Fraktionen zur Kenntnis gebracht.

Bei der 7. digitalen Änderung des Flächenwidmungsplanes gibt es nur einen Änderungsfall, der im Wege eines vereinfachten Verfahrens gem. § 3 BglD. RPG 2019 abgewickelt werden konnte, da die Änderungsfläche unter 1.500 m² liegt.

Schließlich wird vom Vorsitzenden der Antrag gestellt, den Flächenwidmungsplan in der vorliegenden Form zu genehmigen und die Verordnung für die 7. Änderung des Flächenwidmungsplanes zu erlassen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die 7. digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes in der vorliegenden Form zu genehmigen und die Verordnung für die 7. Änderung des Flächenwidmungsplanes zu erlassen.

Der Text der Verordnung (Beilage TOP 15, Zl. 31/2023) bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Verhandlungsschrift.

TOP 16, Zahl 32/2023 – 16. Verlegung der Gasleitung zum Projekt Mischwasserüberlaufbecken

Der Vorsitzende berichtet von einer Besprechung mit Vertretern der Netz Burgenland bei der ein überarbeitetes Angebot bezüglich der Umlegung der Hochdruckgasleitung gegenüber der Feriensiedlung vorgelegt wurde.

Das erste Angebot, eingelangt am 20.01.2023 (Gesamtkosten rund € 60.000,00), wurde nach Urgenz der Gemeinde nachgebessert und am 30.03.2023 ein überarbeitetes Angebot vorgelegt. Die Gesamtkosten (exkl. Mwst.) liegen jetzt bei € 30.550,00.

DI Franz Szecsenyi (ÖVP) verweist auf die Überlegungen des Ausschusses „Bau, Planung und Wege“, das Mischwasserüberlaufbecken zu verschieben, um die Verlegung der Gasleitung zu vermeiden. Der Bürgermeister informiert dazu, dass die Verlegung des Beckens wegen der längeren Leitungsführung höhere Kosten verursachen würde. Der beauftragte Projektant (B & K Ziviltechniker GmbH) empfiehlt, das vorliegende Angebot anzunehmen.

Bernhard Schütz (ULW) bittet den Bürgermeister um Übermittlung der Planungsunterlagen für das Mischwasserüberlaufbecken.

Nach eingehender Diskussion stellt der Vorsitzende den Antrag, die Netz Burgenland mit der Umlegung der Erdgashochdruckleitung gemäß überarbeiteten Angebot, eingelangt am 30.03.2023, zu beauftragen.

Für den Antrag stimmen: Bürgermeister Heinrich Hareter (SPÖ), Franz Schütz (SPÖ), Peter Brunner (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Manfred Himmler (SPÖ), Markus Musil (SPÖ), Dr. Jozsef Varga (SPÖ), Sonja Fuhrmann (SPÖ), Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP), Michael Guttmann (ÖVP), Beate Gangl (ÖVP), Mag. Manuel Kuni (ÖVP), Nicole Neubauer (ÖVP), Gerhard Achs (ÖVP), Günter Hareter (ÖVP), Wolfgang Schwartz (ÖVP), DI Franz Wohlfart (ÖVP), Klaus Fuhrmann (ULW), Bernhard Schütz (ULW), Ing. Maximilian Mairhofer (ULW), Gabriela Salzer (ULW)

Gegen den Antrag stimmen: -x-

Es enthält sich der Stimme: DI Franz Szecsenyi (ÖVP)

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **mit 21 Stimmen gegen 1 Stimme**, die Beauftragung der Netz Burgenland mit der Umlegung der Erdgashochdruckleitung gemäß überarbeitetem Angebot, eingelangt am 30.03.2023.

TOP 17, Zahl 33/2023 – Anschaffung und Nutzung eines Beamers

Klaus Fuhrmann (ULW) stellt den Antrag, für den Sitzungssaal einen Beamer anzuschaffen und diesen bei den Sitzungen einzusetzen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, die Anschaffung eines Beamers für den Sitzungssaal, um diesen bei den Sitzungen einzusetzen.

TOP 18, Zahl 34/2023 – Grundsatzbeschluss Erweiterung eines Gewerbegebiets beim Betrieb Ermler

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) hält eine Erweiterung des Gewerbegebiets für sinnvoll, um weiterhin Betriebe in Weiden halten zu können. Der Bereich im Anschluss an die Firma Ermler wird vorgeschlagen.

Der Gemeinderat diskutiert über mögliche Erweiterungen von Gewerbegebieten, vor allem über geeignete Standorte und Bedingungen für die Betriebe.

Die Sitzung wird von 22:07 bis 22:19 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung stellt Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) den Antrag, einen Grundsatzbeschluss für ein Konzept betreffend der Schaffung eines Gewerbegebiets im Gemeindegebiet von Weiden am See zu beschließen.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, einen Grundsatzbeschluss zur Ausarbeitung eines Konzeptes für die Schaffung eines Gewerbegebiets im Gemeindegebiet von Weiden am See.

TOP 19, Zahl 35/2023 – 30er Beschränkung Schulzeile und Neustift

Vizebürgermeister Christian Wandler schlägt im Namen der ÖVP eine 30er Beschränkung im Bereich der Straßenzüge Schulzeile, Neustift und „Friedhofssteig“ zur Steigerung der Verkehrssicherheit vor.

Er stellt den Hauptantrag, in den Straßenzügen Schulzeile, Neustift und „Friedhofssteig“ eine durchgehende 30er Zone zu verordnen.

Der Bürgermeister (SPÖ) stellt den Abänderungsantrag, auf allen Gemeindestraßen innerhalb der Ortstafeln (Ortgebiet) eine 30er Beschränkung zu verordnen.

Gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, den Gemeindevorstand und die Ausschüsse, sind Abänderungsanträge vor dem Hauptantrag zur Abstimmung zu bringen. Findet ein Antrag die Mehrheit, ist der Tagesordnungspunkt erledigt, sodass über weitere Anträge zu diesem Gegenstand nicht abgestimmt werden darf.

Zuerst wird der Abänderungsantrag von Bürgermeister Heinrich Hareter zur Abstimmung gebracht.

Diesem Antrag wird von allen zugestimmt.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt **einstimmig**, auf allen Gemeindestraßen innerhalb der Ortstafeln (Ortsgebiet) eine 30er Beschränkung zu verordnen. Die 30er Beschränkung erfolgt über Verordnung des Gemeinderats und gilt ab Aufstellung der Verkehrszeichen.

Der Text der Verordnung (Beilage TOP 19, Zl. 35/2023) bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Verhandlungsschrift.

TOP 20-22 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt und in einer gesonderten Niederschrift festgehalten.

TOP 23, Zahl 39/2023 – Allfälliges

Bericht des Bürgermeisters:

1. Von der Fa. Vlasitz und Zodl wurde ein Baumgutachten über die Bäume am Kirchenvorplatz und in der Triftstraße vor dem Friedhof erstellt. Über die Empfehlungen des Gutachtens wird berichtet und die Maßnahmen besprochen.

Der linke Baum (Seite Raiffeisenbank) am Kirchenvorplatz ist sofort zu fällen, der rechte Baum (Seite Pfarrhof) könnte mit gewissen Pflegemaßnahmen noch erhalten werden. Für die Neubepflanzung wurde u.a. die „Ungarische Eiche“ empfohlen; von der Neuauspflanzung von Kastanienbäumen wurde gänzlich abgeraten.

Klaus Fuhrmann (ULW) spricht sich für die Fällung und Neusetzung von Bäumen aus, um das Problem langfristig zu lösen. Michael Guttmann (ÖVP) schließt sich dieser Meinung an, da die Erhaltung der „alten“ Bäumen zu einem langfristigen Kostenaufwand führt.

Auf Anfrage von Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) über die bereits gefällten Bäume in der Triftstraße und Neustift wird erläutert, dass diese Bäume aufgrund des Baumkatasters und der Bewertungen von Dominik Fuhrmann gefällt wurden.

Michael Guttmann (ÖVP) erklärt, dass die Pflegemaßnahmen auf Basis des Baumkatasters fruchten und somit die Kosten für die Pflege der Bäume verringert werden konnten.

Der Gemeinderat bespricht folgende Maßnahmen:

Kirchenvorplatz: linken Baum fällen, rechten Baum durch Pflegemaßnahmen erhalten;

Triftstraße: die „kranken“ Bäume sollen entfernt und Neue gepflanzt werden; Beate Gangl (ÖVP) erinnert dazu, dass die Bewohner der Triftstraße damals über die Pflanzung von Bäumen gefragt wurden.

Die Gemeindebevölkerung soll mittels Aussendung über die Maßnahmen informiert werden.

Der Bürgermeister bittet Bernhard Schütz (ULW), Erkundigungen bezüglich des möglichen Verkaufs der Stämme anzustellen.

Das Holz der bereits gefällten Bäume wurde in der Altstoffsammelstelle entsorgt.

2. Bei der Begehung des Seebades wurde der Kinderbereich besprochen. Dieser wird wegen des schlechten Zustandes zugeschüttet und eine Sandlandschaft für Kinder errichtet. Auch der Zustand der Slipanlage wurde besprochen. Laut DI Franz Wohlfart (ÖVP) ist diese viel zu glatt und daher sollten Fräslungen (1cm tief) auf der Betonplatte durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang bringt Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) folgende Punkte vor:

- er kritisiert, dass Arbeiten im „Serverraum“ des Kassagebäudes gemacht wurden, ohne dass jemand davon Bescheid wusste. Die Arbeiten wurden laut seiner Aussage von einer Mitarbeiterin der Gemeinde ohne Zustimmung des Bürgermeisters beauftragt.
- er kritisiert, warum Dominik Fuhrmann im Seebad Kunstdünger auf die Liegewiese aufgebracht hat und diese Tätigkeit nicht von den Gemeindearbeitern durchgeführt

wurde. Die ULW kritisiert in diesem Zusammenhang allgemein den Einsatz von Kunstdünger.

- der Vorschlag der ÖVP betreffend Neuanschaffung von Rettungsringen wurde vorwurfsvoll abgelehnt.

Dazu wird von Harald Groß-Redmann (SPÖ) klargestellt, dass nicht der Vorschlag der Anschaffung kritisiert wurde, sondern die Art und Weise, wie mit der anwesenden Gemeindemitarbeiterin gesprochen wurde.

- wird die Idee zur Schaffung von Wohnmobilstellplätzen am Seeparkplatz weiterverfolgt? Bürgermeister Heinrich Hareter meint, dass Gespräche in dieser Angelegenheit mit anderen Gemeinden (z.B. Podersdorf) geführt werden sollen.

3. Nach weiteren Gesprächen mit dem Amt d. Bgld. Landesregierung ist ein Kindergarten-Zubau mit Container nun doch möglich. Allerdings muss dieser Container den Anforderungen der Bgld. Kinderbetreuungsbauten- und -einrichtungsverordnung 2008 entsprechen. Nach weiterer Kontaktaufnahme mit der Firma CHV gibt es jetzt doch Container mit der geeigneten Raumhöhe. CHV wurde beauftragt, in Abstimmung mit der Kindergartenabteilung ein neues Angebot zu erstellen, welches die Anforderungen erfüllt. Im Ausschuss „Bau, Planung und Wege“ wurde auch der Rückgang der Kinderzahlen besprochen und somit eine Container-Lösung bevorzugt.

4. Der Bürgermeister informiert über das Angebot eines Kinderanimationsprogrammes für die Strandbäder rund um den See. Für das Seebad Weiden wird diese Animation für insgesamt 90 Tage in den Monaten Juni, Juli und August, an jeweils drei Tagen die Woche (Fr., Sa. und Mo.) zum Preis von € 6.000,00 angeboten. Es wird noch eruiert, ob eine 100%ige Förderung lukriert werden kann.

5. Der Römerbrunnen wird im Tourismusbüro ausgestellt und am 28. April 2023, im Zuge des Weinfrühlings, feierlich eröffnet. Umliegende Gemeinden werden mit einem offiziellen Schreiben des Bürgermeisters eingeladen. Ein Programm für die Eröffnung wird ausgearbeitet. Zusätzlich soll die Trockenbeerenauslese als „Römerwein“ mit speziellem Etikettendesign vermarktet werden.

6. Die diesjährige Hotterfahrt ist für 22. April 2023 geplant. In der Vergangenheit erging die Einladung an alle Wehrpflichtigen des jeweiligen Jahrgangs. Es kann angedacht werden auch die Mädchen dieses Jahrganges einzuladen.

7. Weiden hilft Ukraine: Die geflüchteten Familien aus der Ukraine wurden bis jetzt von Diana Karner und Katharina Zeissler betreut. Die beiden Damen wollen sich zurückziehen und bitten um Übernahme der Aufgaben. Diana Karner hat gebeten, dies dem Gemeinderat mitzuteilen. Der Bürgermeister fragt Gabriela Salzer (ULW), ob sie diese Aufgabe im Rahmen des Ausschusses „Soziales, Gesundheit, Pflege und Friedhof“ übernehmen könnte. Gabriela Salzer wird mit Katharina Zeissler Kontakt aufnehmen, kann aber aus zeitlichen Gründen keine weiteren Verpflichtungen eingehen.

8. Für das Team zur Optimierung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Weiden stellen sich zur Verfügung: DI Franz Wohlfart (ÖVP), Bernhard Schütz (ULW), Markus Musil (SPÖ), Harald Gross-Redmann (SPÖ), Mag. Manuel Kuni (ÖVP) und DI Franz Szecsenyi (ÖVP).

Mag. Manuel Kuni (ÖVP) erkundigt sich bezüglich der Installation von Klimaanlagen in der Volksschule und im Kindergarten. Der Vorsitzende bittet diesbezüglich Nicole Neubauer (ÖVP), das Thema bei den Elternvereinen anzusprechen, ob dies von den Eltern der Kinder auch gewünscht wird.

DI Franz Szecsenyi (ÖVP) erkundigt sich bezüglich der gestrigen Bauverhandlungen von Apotheke, Bipa und Penny. Es wird kurz darüber berichtet.

DI Franz Szecsenyi (ÖVP) fragt nach, wie der derzeitige Stand zum geplanten Pflegestützpunkt ist. Es gab ein Telefongespräch mit Frau Ranftl, MBA betreffend des genauen Standort des Pflegestützpunktes. Der Bürgermeister bevorzugt den Standpunkt beim Forstgarten, weil so Einnahmen aus dem Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke lukriert werden können.

Der Bürgermeister informiert, dass der Teilbebauungsplan „Rain“ inkl. Erläuterungsbericht fertiggestellt wurde und für sechs Wochen öffentlich aufgelegt wird.

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) erkundigt sich über das Gespräch mit der Brandschutzverhütungsstelle Eisenstadt. Gabriela Salzer (ULW) fasst aus ihren Aufzeichnungen zusammen, dass im Moment keine Anschaffungen notwendig sind, aber mittelfristig eine Umrüstung von Fahrzeugen erforderlich sein wird.

Vizebürgermeister Christian Wandler (ÖVP) bemängelt, dass bei einigen Hydranten im Ortsgebiet zu wenig Wasserdruck vorhanden ist und ob vom Bürgermeister Verbesserungsmaßnahmen angedacht sind.

Ing. Maximilian Mairhofer (ULW) erkundigt sich über den Beschluss des Gemeindevorstands, die Cities App für ein Jahr zu „testen“ und nach welchen Kriterien der Erfolg der App bewertet wird.

Er informiert kurz über das Programm „Session“ als Tool für digitales Sitzungsmanagement zur Erleichterung der Vorbereitung von Gemeinderatssitzungen.

Gabriela Salzer (ULW) hat Fragen zur Kundmachung vom 21.02.2023 über die Beschlüsse der Sitzung des Gemeinderats vom 20.02.2023. Es wird erläutert, dass die Kundmachung den Formvorschriften der gesetzlichen Grundlage entspricht.

Klaus Fuhrmann (ULW) weist auf die Situation des Gemeindebrunnens bei der Wasserentnahmestelle hin. Seiner Meinung nach ist eine Rückstauklappe zu installieren.

Ein Termin für die nächste Gemeinderatssitzung ist in der KW 23, voraussichtlich 05.06.2023, geplant.

Weitere Fragen werden nicht gestellt, der Bürgermeister dankt und schließt die Sitzung.

V.g.g.

Die Beglaubiger:

11. April 2023



12. April 2023



Der Vorsitzende:



Die Schriftführerin:

